

PRESSEMITTEILUNG

Freie Wähler fordern Klarheit, Kassensturz und Konsolidierung

Auf der Klausurtagung der Freien Wähler Fraktion der Stadt Heilbronn im Januar 2016 von Fraktion und Bezirksbeiräten waren alle der Meinung, dass auf die prekäre Situation der Flüchtlingspolitik des Bundes seitens der Stadt Heilbronn adäquat reagiert werden muss. Das Thema ist nicht nur enorm emotional besetzt sondern hat auch eine außergewöhnliche finanzielle Bedeutung für den städtischen Haushalt.

Adäquate Unterbringung von Flüchtlingen kann nicht einem wahltaktischen Vorgehen der Parteien auf Bundes- wie Landesebene untergeordnet werden.

Doch wie steht die Stadt Heilbronn wirklich da ?

Welche Gelder müssen bereitgestellt und eingeplant werden? Welche Unterkünfte können noch aktiviert werden? Wie lange kann man überhaupt noch sachgerecht mit wenigen Tagen Vorlaufzeit reagieren, ohne gewollte Mindeststandards an eine humanitäre und sozialverträgliche Unterbringung zu vernachlässigen?

Die Freien Wähler sehen es als erforderlich an, nicht erst im Herbst 2016 bei den anstehenden Haushaltsberatungen sich den aktuellen Zahlen zu stellen und verantwortungsbewusst und belastbar in die Zukunft zu sehen.

Doch dies erfordert einen Kassensturz – wenn nicht sogar eine Haushaltssperre.

Es geht nicht um populistische Panikmache, sondern um verantwortungsbewusstes Handeln mit Steuergeldern. Der Strom der Flüchtlinge wird kurzfristig nicht abnehmen. Aber kann es sein, dass Einschränkungen ein nicht mehr sozialverträgliches Ausmaß annehmen? Vorläufige Unterkünfte wie Gaffenberg und Schwesternwohnheim werden wegfallen und dann? Zahlungen des Bundes kommen nur schleppend und sind nicht kostendeckend!

Doch wie werden Mehr-Ausgaben bei gleich bleibenden Einnahmen aufgebracht, die weder im Haushalt eingeplant noch vorhersehbar waren und sind?

Die Freien Wähler fordern im Sinne eines Finanzhaushalts der „Wahrheit und Klarheit“ eine **Haushaltssperre** und eine brandaktuelle Priorisierung der noch nicht begonnenen bzw. bewirtschafteten jedoch geplanten sowie vom Gemeinderat beschlossenen kostenauslösenden Maßnahmen.

Hierbei geht es nicht um das „ob“, sondern bei Erhaltung einer erforderlichen Liquidität der Stadt Heilbronn um das „wie“ und „wann“.

Man kann nicht ohne Konsolidierung den derzeitigen finanziellen, personellen und sachlichen Anforderungen der Flüchtlingsunterbringung gerecht werden. Die Frage der Anschluss-Unterbringung ist völlig offen und ungelöst, denn diese Kosten bleiben danach voll bei der Kommune.

Es muss uns allen – Bürgerinnen und Bürgern – bewusst sein, dass neben den Einschränkungen durch die Verwendung sozialer Einrichtungen und öffentlicher Gebäude als Unterkunft, auch ein „weiter so“ in den Ausgaben für beschlossene und gewünschte Vorhaben nicht verantwortungsvoll fortgesetzt werden kann.

Nur durch eine neue Priorisierung der derzeit gebundenen jedoch noch nicht verwendeten Mittel und der eventuellen Verschiebung von Maßnahmen - auf später - können Gelder bereitgestellt werden, die notwendig sind.

Ein Etat lässt sich nur einmal verteilen – selbst wenn der Verteiler und die zu berücksichtigten Maßnahmen größer werden. Hier muss den Bürgerinnen und Bürgern klar aufgezeigt werden, was auf uns zukommt - ohne wahltaktisches Kalkül.



Heilbronn, Mittwoch 27. Januar 2016

Heiner Dörner
Fraktionsvorsitzender der Freien Wähler im Gemeinderat von Heilbronn